

Cordula Kropp

Pandemien, globaler Umweltwandel und ‚smarte‘ Risikopolitik: Chancen für Wandel?

Zusammenfassung: Der Beitrag befasst sich mit der Risikopolitik während der Corona-Krise und diskutiert, inwiefern sie Anlass zur Hoffnung in transformative gesellschaftliche Lernprozesse gibt. Dazu werden einleitend zwei Strukturmerkmale nicht-nachhaltiger Entwicklung benannt und deren mögliche Vertiefung durch die vermehrte Nutzung digitaler Steuerungssysteme erwogen. Auf dieser Basis zeichnet er das bisherige Risikomanagement im Umgang mit der Corona-Pandemie im ersten Abschnitt kritisch nach und stellt es im zweiten Abschnitt den sozialwissenschaftlichen Überlegungen zur politischen Veränderungskraft reflexiver Risikopolitik gegenüber. Der dritte Abschnitt beleuchtet die Art und Bedeutung digitaler Managementstrategien und die mit dieser Form der Problembearbeitung einhergehende Risikopolitik. Im Ergebnis werden die Grenzen des digitalen Risikomanagements für transformative Lernprozesse herausgestellt.

Abstract: The paper explores the risk policy during the Corona crisis and discusses the extent to which it gives rise to hope for transformative societal learning processes. To this end, two key characteristics of unsustainable development are briefly outlined in the introduction and their possible deepening through the increased use of digital control systems is considered. On this basis, the first section of the paper gives a critical overview of risk management in dealing with the corona pandemic and the second section contrasts it with considerations in sociology on the political power of reflexive risk policy to change social order. The third section illuminates the nature and significance of digital management strategies and the risk policy associated with this form of risk management. As a result, the limitations of digital risk management for transformative learning processes are highlighted.

Autorin:

Prof. Dr. Cordula Kropp ist Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie mit dem Schwerpunkt Risiko- und Technikforschung der Universität Stuttgart und wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (ZIRIUS). Arbeitsschwerpunkte: Umwelt-, Techniksoziologie, soziale Innovationen, soziologische Nachhaltigkeitsforschung, Soziologie der Infrastrukturen.

cordula.kropp@sowi.uni-stuttgart.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise
ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz, 2020

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Niklas Haarbush, Dieter Hoffmeister,
Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarbush

Layout/Satz: Frank Osterloh/Niklas Haarbush

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster

Telefon: (0251) 83-25303

E-Mail: sun.redaktion@wwu.de

Website: www.ifs.wwu.de/sun



Klimawandel und Corona-Virus fordern moderne Gesellschaften in besonderer Weise heraus, weil sie sich nicht dem Scheitern ihrer expansiven Handlungsstrategien verdanken, sondern gerade deren Erfolge. Mit ihrem Bedrohungspotenzial stellen sie die etablierten Handlungsstrategien und Grundüberzeugungen in Frage und rücken die damit verbundenen Risiken und bislang ausgeblendetes Rahmenbedingungen in den Fokus. Dabei werden insbesondere die Grenzen der Kontrollüberzeugungen sichtbar. Ganz offensichtlich ist Risiken wie Klimawandel und Corona mit nationalem Denken, disziplinären und sektoralen Zuständigkeiten und auch den ökonomischen und hierarchischen Tricks der Abspaltung, Unterscheidung und Externalisierung schwer beizukommen.

Ihre Entstehung verdanken beide Bedrohungen hingegen der grenzenlosen und weitgehend unkontrollierten Umformung von „externer“ Natur in auf Aneignung orientierte, „interne“ Plantagen und Ressourcen in globalen Wertschöpfungsketten – ein zentrales Merkmal nicht-nachhaltiger Entwicklung. Donna Haraway erkennt darin die modernistische „Umwandlung verschiedener, von Menschen betriebener Höfe, Weiden und Wälder in extraktive, eingezäunte Plantagen, die auf [...] Formen ausbeuterischer, entfremdeter und üblicherweise räumlich transportierter Arbeitskraft“ (Haraway 2018: 279) basieren und bezeichnet dieses globale Phänomen gemeinsam mit Anna Tsing und weiteren Autorinnen als „*Plantagozän*“. Diese systematische Internalisierung wird von einem nicht minder modernistischen Fortschritts- und Kontrollglauben angetrieben. In dessen Rahmen werden die Risiken der Umwandlung und die Instabilität der entstehenden Plantagen und Mischwesen ausgeblendet, in dem reduktionistisch nur Weniges in den Blick genommen und alles andere externalisiert wird. Die nicht-intendierten Nebenfolgen, etwa die Emissionen fossiler Energieträger und die Gesundheitsfolgen des permanenten Vordringens

in die Restwildnis, bleiben dabei im Schatten der internen Erfolge. Die damit vollzogene Doppelbewegung der unkontrollierten Produktion hybrider Mischwesen auf der einen und ihre gleichzeitige Verleugnung durch dichotomische Reinigungspraktiken und a-priori-Unterscheidungen auf der anderen Seite, also die handlungsorientierende Differenzierung zwischen Natur und Kultur, Technik und Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, hat Bruno Latour als „*moderne Konstitution*“ (Latour 1995: 43 f.) kritisiert und für die Ausbreitung von riskanten Quasi-Objekten wie Kohlenstoffdioxidemissionen und Sars-CoV-2 verantwortlich gemacht. Gegenwärtig beobachten wir nun deren spätmoderne Vertiefung und Steigerung: Im Rahmen der sogenannten digitalen Transformation wird das Plantagozän in Bezug auf die wenigsten seiner Merkmale optimiert und die trügerische Reinigung sensor- und algorithmenbasiert automatisiert. Naturen, Umwelten, Menschen- und Tierkörper werden zu „technisierten Orten der Datenproduktion“ auf der Suche nach selbsttätigen Mechanismen „planetarer Steuerung“ (*data-oriented planetary governance*), wie Jennifer Gabrys (2020: 1) aufzeigt.

Vor diesem Hintergrund ist die hier verfolgte These, dass nicht nur Klimawandel und Pandemie aus Denk- und Handlungsweisen der expansiven Umwandlung und der gleichzeitig reduktionistischen Ausblendung und Externalisierung hervorgehen und sich durch die zunehmend technisierten, digitalen Kontrollfiktionen verschärfen, sondern dass auch die Lösungsansätze überwiegend dieser modernistischen Herangehensweise gehorchen. Das schlägt sich meines Erachtens besonders in der bisherigen Krisenkommunikation zu Covid-19 nieder, die expansiv, reduktionistisch und algorithmengläubig ausfällt, aber zu wenig in Kategorien solidarischen Zusammenlebens und transdisziplinärer Zusammenhänge denkt. Einem Albert Einstein zugeschriebenen Zitat zufolge kann man „Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen,

durch die sie entstanden sind“. In diesem Sinne und im Rückgriff auf die sozialwissenschaftliche Risikoforschung wäre demgegenüber die bewusste Förderung einer reflexiven Risikopolitik vielversprechend, die bisherige Reduktionismen überwindet und sich zugunsten einer transformativen Perspektivenerweiterung den ausgeblendeten Wechsel- und Rückwirkungen zuwendet. Das Argument wird entfaltet, indem im ersten Abschnitt die begrenzten Erfolge der bisherigen Risikopolitik skizziert, im zweiten das Konzept reflexiver Risikopolitik eingeführt und im dritten Abschnitt die Dominanz datenbasierter Risikopolitik näher in den Blick genommen werden, um im Fazit die Grenzen dieser Art Risikopolitik für nachhaltige Lernprozesse herauszustellen.

1. Die aktuelle Krise und ihre Wahrnehmung

Immer wieder ist zu hören, die autoritäre Durchsetzung expansiver Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sei ein Vorbild auch für den Umgang mit dem nicht minder bedrohlichen Klimawandel, da insbesondere Deutschland mit diesen Strategien sehr gut durch die Krise gekommen sei. Diese Einschätzung könnte sich als kurzfristig erweisen, denn sie übersieht, dass die temporär durchsetzbare Eindimensionalität der Problembearbeitung insgesamt wenig zur Problemlösung beigetragen hat, die langfristige Anpassung noch vor uns liegt, aber diese Art Risikopolitik heikle Sekundäreffekte auf den Weg bringt.

Die Pandemie kam nicht unvorhergesehen. Sie war lange vorhergesagt worden. Expertenstäbe hatten die letzten Jahrzehnte der Zunahme pandemischer Wellen für die Erarbeitung von Pandemieplänen mit einem Fokus auf geeignete digitaler Erfassungssysteme („Surveillance“) genutzt, letztlich ohne die angestrebte „Preparedness“ zu erreichen (Robert Koch Institut

2017). Der Ausbruch des neuen Coronavirus Sars-CoV-2 wurde am 31.12.2019 in China an das Landesbüro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gemeldet und am 2.1.2020 international bestätigt. In Deutschland wurden am 27.1.2020 der erste Fall einer Mensch-zu-Mensch-Übertragung bestätigt, am 1.2.2020 die Meldepflicht eingeführt, vier Wochen später, am 26.2., tagte der im Nationalen Pandemieplan (Robert Koch Institut 2017: 10) vorgesehene Krisenstab und beschloss „Aussteigerkarten“ für Passagiere von Flugzeugen und Schiffen¹, eine Maßnahme, die rückblickend wie die berüchtigte Fahrradbremse am Interkontinentalflugzeug aussieht. An diesem Tag gab es in Deutschland bereits 150 Infizierte, mehrere Hundert Menschen befanden sich in häuslicher Quarantäne, aus Krankenhäusern wurden Desinfektionsmittel gestohlen und in Italien war die Zahl der Todesopfer auf 14 gestiegen. Die Pandemie wurde in der Anfangsphase aus einer Position wahrgenommener westlicher Überlegenheit unterschätzt, bestärkt von den leichten Verläufen der frühen Münchner Fälle, und galt eher als ein Problem weniger moderner Gesellschaften. In der medialen Berichterstattung dominierte die paternalistische Kritik an Hamsterkäufen und der beschwichtigende Vergleich mit der vermeintlich ernster zu nehmenden saisonalen Grippe: Bis heute wird die Bevölkerung überwiegend als ein Objekt der Aufklärung über Verhaltensmaßnahmen adressiert und die Pandemie im Ranking täglich aktualisierter Ausbreitungszahlen wie ein sportlicher Wettbewerb präsentiert, während die Diskussion übergeordneter Wirkungszusammenhänge und -folgen oder alternativer Herangehensweisen lange auf fachwissenschaftliche Perspektiven und die sogenannte Qualitätspresse beschränkt blieb.

1 Ärzteblatt.de vom 27.2.2020, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/109678/Bundesregierung-richtet-Krisenstab-gegen-Sars-CoV-2-ein>

Mitte März, als die Zahl der Schwerstkranken in den Krankenhäusern rasant zunimmt, aber weiterhin kaum Wissen über Behandlungsmöglichkeiten und Übertragungswege vorliegt, schwenkt Deutschland wie die meisten europäischen Länder überstürzt auf den von China vorgemachten, mal mehr, mal weniger autoritären Pfad der Eindämmung („Containment“) durch Ausgangsbeschränkungen ein. Heute, Mitte Juni 2020, hat sich der Sars-CoV-2-Virus trotz Grenzsperrungen und Kontaktbeschränkungen bis in den letzten Winkel der Welt ausgebreitet, die WHO rechnet mit einer zweiten Welle der Pandemie im Herbst und geht insgesamt davon aus, dass der endemisch werdende Virus Teil unserer Welt bleiben wird (Pressekonferenz am 14.5.2020). Er hat mittlerweile Hunderttausende Tote weltweit verursacht und auch in Deutschland werden ihm über 8.800 direkt und – mit hoher Unsicherheit – weitere 6.000 indirekt als sogenannte Übersterblichkeit zugerechnet. Die Folgeschäden der Ökonomisierung und Gewinnmaximierung im Gesundheitssystem liegen offen zu Tage, die Engpässe der Versorgung mit Schutzkleidung konnten immer noch nicht flächendeckend überwunden werden und die Katastrophe hinterlässt neben verstorbenen, erschöpften und traumatisierten Ärzten und Pflegekräften. Ganze Wirtschaftssektoren sind durch die Eindämmungsmaßnahmen schwer getroffen, für manche Bereiche zeichnet sich eine nicht mehr umkehrbare Abwärtsspirale ab, etwa durch die Verbreitung digitaler Konsumpraktiken mit entsprechenden Konzentrationsprozessen auf Kosten des Einzelhandels, und viele Selbständige, Kleinunternehmer*innen sowie Beschäftigte im informellen Sektor und in Kunst und Kultur rutschen in Armut und Exklusion. Es werden lange Zeiten der Rezession prognostiziert, die mit weiteren Insolvenzen und einer steigenden Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Menschen einhergehen; die internationale Arbeitsorganisation ILO spricht in ihrem Arbeitsbericht vom 27. Mai 2020 von einer „lock-

down generation“ (ILO 2020: 3). Frühmoderne Symptome sozialer Ungleichheit wie häusliche Gewalt, die Ausbeutung überwiegend weiblicher Reproduktionsarbeit und Bildungsbenachteiligungen haben sich ausgebreitet. Zwar genießt der öffentlichkeitswirksam vorgetragene Ratschlag der meist männlichen Mediziner und Virologen große Anerkennung, die fehlende Berücksichtigung anderer Beurteilungskriterien zu Wirtschaft, Bildung und Erziehung, Ökologie, Mobilität und psychologischen wie gesellschaftlichen Langzeitfolgen ist aber eines der großen Probleme der bisherigen Risikopolitik.

Auch in Bezug auf die ökologische Transformation sind die Ergebnisse zumindest janusköpfig. Zwar trägt der Einbruch des Flugverkehrs dazu bei, die für dieses Jahr gesetzten Ziele der Reduktion von Klimagasen zu erreichen und in vielen Städten breiten sich temporär Pop-up-Fahrradstraßen aus. Aber noch hoffen Fluggesellschaften und Politik, dass sich die Fluggastzahlen rasch erholen und der ADAC² konstatiert einen Trend zur Rückkehr des motorisierten Individualverkehrs auf Kosten der öffentlichen Transportangebote. Online- und Streamingdienste sowie Anbieter von Videokonferenzen, deren klimarelevanter Energieverbrauch noch unbekannt ist, gelten als die großen Gewinner und ersetzen Mobilitätsbedarfe durch virtuelle Möglichkeiten. In dieser Entwicklung liegt eventuell ein großes Potenzial für die nachhaltige Verringerung von Klimaemissionen, sofern diese nicht durch den immensen Energiebedarf der Netzinfrastruktur (inkl. Serverfarmen) und den Verbrauch kritischer Metalle konterkariert wird (Exner et al. 2016). In der akuten Krise ist ein Wille zur Veränderung hin zu resilienteren und nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweisen in vielen Bereichen spürbar. Seine Verstetigung hängt von den Lernprozessen

2 ADAC, siehe <https://www.adac.de/verkehr/standpunkte-studien/mobilitaets-trends/corona-mobilitaet/>

ab, die jetzt stattfinden: Gehen sie in die richtige Richtung?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt weiß niemand, wie die viel beschworene „Rückkehr zur Normalität“ gelingen kann. Europapolitisch wurde der Glaube an die europäische Solidarität einer starken Belastungsprobe ausgesetzt und trotz enormer Rettungspakete ist zu befürchten, dass der Riss zwischen reichen und armen EU-Ländern sich vertieft und für ehrgeizige Umweltprogramme langfristig zum Hindernis wird. Dabei haben die Nationalismen weder dazu beigetragen, Engpässe in der Versorgung mit Schutzmaterial zu überwinden noch die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Jeder nationale oder lokale Etappensieg im Umgang mit Sars-CoV-2 ist nur erfolgversprechend, wenn parallel die globale Eindämmung gelingt. Demgegenüber zeichnet sich der weitere Verlauf der globalen Katastrophe ausgehend von den Metropolen im globalen Süden ab: Tausende Tagelöhner machen sich weltweit auf den Heimweg in ihre ländlichen Herkunftsgebiete und schleppen Hunger, Armut und das Virus in noch vulnerablere Gemeinschaften. An vielen Grenzen harren Kriegs- und Krisenflüchtlinge ohne die geringsten Hygienestandards aus; auch hier sterben Menschen, während im globalen Norden die Rückkehr in die alten Muster der Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016) schon begonnen hat.

Diese und weitere Entwicklungen stellen nicht nur den viel beschworenen Erfolg der bisherigen Risikopolitik in Frage, sondern auch ihren Modellcharakter, und zwar sowohl für den Umgang mit Pandemien als auch in Bezug auf Mitnahmeeffekte für die Begrenzung der globalen Erderwärmung oder gar als deren Vorbild. Um sich für künftige Krisen zu wappnen, wäre stattdessen eine vergleichende Bewertung der international unterschiedlichen Vorgehensweisen notwendig, zu der isolierte Fallzahlstatistiken ohne gemeinsamen Nenner nicht beitragen können (Glasman 2020).

Noch wichtiger erscheint aber eine kritische Reflexion dieser Art von Risikokalkulation und der damit begründeten Risikopolitik mitsamt der Dynamik, die sie in Politik und Gesellschaft auslöst.

2. Pandemien und Klimawandel in der Risikogesellschaft

Seit der Renaissance dient Risikokalkulation dazu, möglicherweise eintretende Schäden oder nicht-gewollte Nebenfolgen einer Entscheidung berechenbar zu machen – nicht zuletzt, um sie mit den Kosten ihrer Vermeidung zu vergleichen. Wolfgang Bonß hat dieses Risikodenken als eine „spezifisch neuzeitliche Form von Unsicherheitshandeln“ (Bonß 1991: 261) beschrieben, in dem der moderne Anspruch der rationalen Berechenbarkeit und der Beherrschbarkeit der Welt im Sinne von Max Weber zum Ausdruck kommt. Dieser Umgang mit Unsicherheit hat sukzessive immer mehr Ereignisse aus dem Bereich des schicksalhaften Gott- oder Naturgegebenen („Höhere Gewalt“) in jenen der gesellschaftlichen Kontrollierbarkeit überführt und dementsprechend den Ruf nach Kontrolle, zuständigen Verantwortlichen, auch nach einem Vorsorgestaat (Ewald 1993) geweckt. In der Folge werden Risiken in Bezug auf kontextspezifische Erwartungen an das Risikomanagement nach den jeweiligen Aufmerksamkeitsfiltern konstruiert. Schon die Frage nach der Verantwortlichkeit, nach den zugrundeliegenden Kriterien der Bewertung, nach den Möglichkeiten der Eindämmung und Vermeidung macht die Risikokategorie politisch. Im Kern fragt sie ja danach, was Menschen schätzen und wie viele Lenkungs Eingriffe in die individuelle Freiheit sie für dessen Bewahrung akzeptieren wollen (Aven/Renn 2009). Erst recht aber zieht ihre Beantwortung Risikokonflikte nach sich. Denn jede Risikobetrachtung, vom Klimawandel bis zur Corona-Pandemie, verlangt,

zuerst dasjenige, was als Risiko gilt, gegenüber anderen Kalamitäten abzugrenzen und dann in seinen denkbaren Auswirkungen trotz vielfältiger Unsicherheiten und ohne sich auf allgemein verbindliche Wertmaßstäbe beziehen zu können, zu bewerten, um daraus Handlungsstrategien abzuleiten, von denen manche stärker betroffen sind als andere. Für die dadurch ausgelösten Kontroversen hat Ulrich Beck (1986) den Begriff der Risikogesellschaft geprägt und die mit ihrer Risikopolitik verbundenen, reflexiven Chancen des Wandels zum Gegenstand seines Lebenswerks gemacht.

Beck beobachtete, dass es in Deutschland seit Beginn der Umweltdebatte und erst recht nach Tschernobyl, verschiedenen Chemieunfällen und BSE bald einfacher war, Vertrauen und Handlungssicherheiten in Risikodebatten zu verlieren als zu gewinnen. Offensichtlich wurde, dass ganze Geschäftsfelder, unternehmerische Werte, Regierungsmehrheiten und Autorität sich in Risikokontroversen in Luft auflösen können, um neuen Definitionsverhältnissen die Tür zu öffnen, die auf die wahrgenommenen Risiken reagieren. Dabei ist die Risikowahrnehmung, wie vielfach belegt, alles andere als stabil, sondern abhängig von medialen Diskursen, gruppenspezifischer Präferenzbildung, dem schwankenden Vertrauen in Institutionen und – von wissenschaftlichen Deutungen mit ihren typischen Unsicherheiten und internen Bruchlinien. Die Wahrnehmung von Risikolagen wird ganz wesentlich durch die wissenschaftliche und mediale Beschreibung ihrer Ursachen, Ausmaße und Folgen bestimmt, die als öffentlicher Risikodiskurs auch materiell auf die Krise selbst, die Risiken, die Betroffenen und die als legitim betrachteten Reaktionsmöglichkeiten zurückwirken. Diese reflexiven Konstrukte können statistische oder an Kontrollierbarkeit, Regulierbarkeit, Vergleichbarkeit, auch an Schuld, Verharmlosung, Verschwörung oder Veränderung und Problemlösung orientierte Risikokonzepte sein. Sie erzeugen ihrerseits se-

kundäre Effekte, die oftmals die Auswirkungen des primären Risikos übertreffen. Wer in der gegenwärtigen Pandemie als „Risikogruppe“ gilt, wird bspw. zur Risikogruppe gemacht: die konkrete Bedeutung von Alter und „Vorerkrankung“, beruflich oder sozial bedingter Nähe, Nutzung oder Nicht-Nutzung der Corona-Tracing-App wird in Debatten über Ursache-Wirkungs-Ketten und ihre Kontrollierbarkeit hergestellt. Diese Art gesellschaftlicher Risikopolitik hat das Potenzial die soziale Ordnung neu zu definieren und auch zu verändern, etwa um Risikoursachen progressiv durch die Entwicklung neuer, handlungsleitender Institutionen zu überwinden. Auf diese Dynamik geht bspw. die Entstehung von internationalen Gesundheitsorganisationen, Nachhaltigkeitsstrategien oder politischen Reformkonzepten zurück. Sie macht Risikokonzepte politisch.

Auch in das statistische Risikokalkül, anhand dessen Risiken vermeintlich objektiv als Produkt aus Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet werden, gehen umstrittene Bestimmungen beider Größen ein. Sie sind umso angreifbarer, je neuartiger, einmaliger und größer die betrachteten Risiken sind, wie etwa im Fall von Klimawandel oder Pandemien. Jede veröffentlichte Statistik ermutigt nicht nur Interpretationen, sondern ko-produziert gesellschaftliche Wirklichkeit, Opfer und Helden, Verwundbarkeit, Ziele, Prioritäten, Risikorealitäten und -wahrnehmungen (Jasanoff 2004). Seit ihren Anfängen beschäftigt sich die sozialwissenschaftliche Risikoforschung mit diesem Spannungsverhältnis zwischen diskursiver Risikokonstruktion und den sich daraus ergebenden Dynamiken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Bevölkerung konnte entsprechend in den letzten Wochen beobachten, wie die Zahlen von gestern ihre Relevanz für morgen verändert haben und wie unsicher und politisch die Interpretation von Verdoppelungszeiten, Letalität,

Risikogruppen, Reproduktionsfaktoren und ihr nationaler Vergleich ist. Im Zentrum aller Maßnahmen, die unter hohem Zeitdruck und ohne belastbares Wissen bestimmt werden mussten, steht weiterhin der Slogan „Flatten-the-curve“: In Ermangelung von medizinischen Therapien zielen alle Anstrengungen primär darauf, die Zahl der Infektionen und insbesondere der schweren Verläufe an die Kapazitäten des Gesundheitssystems anzupassen. Das komplexe Geschehen der Pandemie, die manche verschont, andere schwächt, wenige tötet, sich mal sprunghaft, mal schleichend ausbreitet und dort, wo sie wütet, den öffentlichen Raum verseucht und die Gesundheits-, Wirtschafts-, Transport- und Bildungsstrukturen umkrepelt, wird unter dieser Maxime mit nur zwei Größen abgebildet: Fallzahl und Zeit. Im Fokus dieser Größen steht weniger die Milderung des Leidens durch die neue Krankheit oder die Anpassung der Gesellschaft an die Präsenz des neuen Virus als die tagesaktuelle Kontrolle der Belastbarkeit nationaler Infrastrukturen, deren Kollaps in Wuhan Mitte Februar die Todkranken vor den Behandlungszimmern und in Italien am 18. März der nächtliche Abtransport Verstorbener in Armeelastern aus Bergamo markierte. Öffentlich sichtbares Infrastrukturversagen ist das fokussierte Risiko, dem alle anderen Belange untergeordnet werden, weil es eine schwere Staatskrise verursachen könnte, berechnet durch Simulationen, in denen national vorgehaltene Kapazitäten den Ausbreitungsgeschwindigkeiten gegenübergestellt werden. Man kann in der Fixierung auf mathematische Modelle und absolute Zahlen ohne gemeinsamen Nenner, denen Börsenkurse und Insolvenzquoten in der Diskussion über Lockerungen entgegengehalten werden, den bürokratischen Kontrollmodus einer modernistischen Risikopolitik erkennen. Sie nimmt reduktionistisch das Zählbare in den Blick (Glasman 2020) und externalisiert so das weitere Risikogeschehen. Der Blick auf die kalkulierbare Versorgungsproblematik wird der Komplexität

der gesellschaftlichen Entstehungs- und Wirkungsdynamiken aber nicht gerecht. Vielmehr beschwört die Art der Ungewissheitsreduktion alte Prioritäten und privilegiert quantifizierende Denkweisen mit ihrer Nähe zu eindimensionalen Kosten-Nutzen- und Konkurrenz-Abwägungen, die nicht zufällig in Diskussionen über Rest-Lebenszeiten oder die Angemessenheit der wirtschaftlichen Folgen münden.

Die Zunahme neuer, pandemischer Krankheitserreger geht wie der Anstieg von Klimagasen aber auf interne Handlungskonstellationen zurück. Diese einleitend als Plantagozän und moderne Konstitution skizzierte Konstellation hat sich mit der Industriegesellschaft weltweit verbreitet und ermöglicht wachsenden Wohlstand für große Teile einer ebenfalls wachsenden Weltbevölkerung. Sie verursacht zugleich die bedrohlichen Umwelt-, Klima- und Gesundheitsrisiken und gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Chancen und Risiken, der gewünschte Fortschritt und seine nicht gewünschten Nebenfolgen liegen nah beieinander und entsprechend heikel und umstritten ist die Benennung und Bewertung der ungewünschten Auswirkungen oder gar ihre Vermeidung. Die Warnungen vor kommenden Pandemien fanden daher genauso wenig Gehör wie diejenigen zum Klimawandel. Die Bereitschaft zur Befassung mit solchen, die moderne Konstellation fundamental unterlaufenden Risiken wird zudem vom Standpunkt der Betrachtung beeinflusst, auf den neben politischen Faktoren bislang vor allem individuelle Kosten-Nutzen-Abwägungen und die gesellschaftliche Einschätzung der Kontrollierbarkeit wirken. An diesen Punkten müssten transformative Lernprozesse ansetzen.

In der jetzt erhitzten Debatte um die präzise Bestimmung der Gefährlichkeit des Corona-Virus, die Orte und Prozesse seiner Entstehung, die möglichen Verfahren der Eindämmung und Vermeidung und deren Beurteilung als fair und angemessen vermischen sich unumgänglich Fakten

und Werte – auch ohne „Fake News“. Ein schönes Beispiel dafür ist die wandlungsfähige Einschätzung der Schutzwirkung von Mund-Nase-Masken, die sich bis in die Medizin und die WHO hinein als abhängig von deren Verfügbarkeit erwies. Stets ringen in der Beurteilung dessen, was als angemessen oder inakzeptabel gilt, welche Formen der nationalen und internationalen Durchsetzung von Regulierungsansätzen gegenüber den Betroffenen legitim sind, politische, medizinische, rechtliche, soziale, ökonomische und ökologische Perspektiven um Priorität. Je schmaler die Betrachtungsbasis ist, die dabei Deutungshoheit gewinnt, desto ungestörter können sich weitere Nebenfolgen jenseits des Lichtkegels ausbreiten. Eine nachhaltige Transformation verlangt hingegen die Korrektur bisheriger Wahrnehmungsfiler um die ausgeblendeten Risiken. Die gesellschaftlich folgenreiche Auseinandersetzung darüber, wessen Risikowahrnehmung auf der Basis welcher wissenschaftlichen und rechtlichen Kriterien sich durchsetzen kann und zu welchen Vermeidungsarrangements, Kosten und Kompensationsansprüchen führt, steht im Zentrum der soziologischen Aufmerksamkeit (Beck 2007, Lau 1991, Luhmann 1993). Als implizite Risikopolitik hat sie das Potenzial, die Dominanz der etablierten Wettbewerbs- und Wachstumsziele zu begrenzen und stattdessen den ausgeblendeten Nebenfolgen der globalen Modernisierung in der Entscheidungsfindung größeres Gewicht zu geben. Wo aber die Art der amtlich verordneten und wissenschaftlich propagierten Risikowahrnehmung eine reduktionistische, vor allem statistisch kalkulierende ist, erhärtet sie gegenüber alternativen Denkwelten die Kontroll-Institutionen und Sicherheitsdispositive eines betrieblich gedachten Steuerungsmanagements mit seinen Präferenzen für Abgrenzung, vertragliches Versicherungswesen, optimierende Selbstsorge sowie moralische und politische (Wohlfahrts-)Technologien der Umwelt- und Gesundheitskontrolle, wie Mitchel Dean herausgestellt hat.

„What is important about risk is not risk itself, but the forms of knowledge that make it thinkable from statistics, sociology, and epidemiology to management and accounting, the techniques that discover it from the calculus of probabilities to the interview, the social technologies that seek to govern it from risk screening, case-management and social insurance to situational crime prevention, and the political rationalities and programmes that deploy it, from those that dreamt of a welfare state to those that imagine an advanced liberal society of prudential individuals and communities.“ (Dean 1998: 25)

Solidarität wird unter dieser Perspektive zu einer Regierungstechnik, in der jeder Einzelne sein Verhalten für das Wohlergehen des Ganzen zu optimieren hat. Umweltschäden und Infektionen sind nun keine Frage der gesellschaftlichen Konstitution, sondern werden von isolierbaren Verursacher*innen „verschuldet“ – bspw. jenen Mutwilligen des Party-Tourismus von Ischgl. Ist dies erst einmal erfasst und rechtlich kodiert, kann eine Haftung eingefordert werden, wie bei Verstößen gegen das Umweltrecht, die als singuläre Ordnungswidrigkeit die Normalität des Umweltverbrauchs bestätigen.

Nur wenn sich demgegenüber in (den aktuellen) Risikokontroversen eine reflexive Risikopolitik durchsetzt, die einen Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit dieser Art des „Managerialism“ (Klikauer 2015) nach sich zieht, stellen sie die vorhandenen Lösungsstrategien und die reduktionistischen Ausgangspunkte des Risiko- und Gefahrenmanagements in Frage. Dann brechen Risikokontroversen die Kontrollfiktionen der zuständigen Expert*innen und die einseitigen Kontrolltechnologien von Staat und Politik zugunsten einer kosmopolitischen Berücksichtigung des bislang Ausgeblendeten auf. Der so erzwungene Umgang mit entgrenzten Modernisierungsrisiken kann, im Sinne von Ulrich Beck, dazu beitragen, dass die nicht-nachhaltigen Handlungsorientierungen angepasst, institutionelle Grundlagen revolutioniert und politische Normen neu ausgehandelt werden müssen. Deshalb sind Risiken für Beck „ein durch und durch unter

weltgesellschaftlichen Machtverhältnissen sozial konstruiertes und inszeniertes Phänomen, in dem einige die Kapazität haben, Risiko zu definieren, andere dagegen nicht“ (2007: 256).

Nun scheint aber der Rückgriff auf sektorale und nationale Lösungsschemata zumindest die erste Phase der Krisenbewältigung bestimmt zu haben: Der nationalen Sicherung von Behandlungskapazitäten wurden alle anderen Belange und insbesondere die Zukunftsperspektiven der Kinder, die als am wenigsten gefährdet gelten, untergeordnet. Durchgesetzt hat sich *eine* systeminterne Beobachtungsperspektive, die, ganz anders als von Niklas Luhmann erwartet, zumindest temporär die Eigenrationalitäten anderer Teilsysteme kolonialisieren konnte. Auch Luhmann interessierte sich für die Frage, „wer oder was darüber entscheidet, ob (und in welchen sachlichen und zeitlichen Horizonten) ein Risiko beachtet wird oder nicht“ (Luhmann 1991: 12). Er betrachtete statistische Risikoverständnisse als eine selbstreferentielle Beobachter-Konstruktion, die viel über die Sichtweise ihrer Nutzer*innen, aber wenig über die dahinterstehende Problematik sage. Politische Sprengkraft erhalte diese Beobachtung zweiter Ordnung erst, wenn kritische Öffentlichkeiten monierten, welche Beobachtungskriterien auf Seiten der Entscheider*innen handlungsleitend sind und welche nicht. Diese kritischen Öffentlichkeiten sind erst in der zweiten Phase der Krise mit ihren Demonstrationen und Protesten aufgetreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber die Corona-Wirklichkeit bereits verändert. Die Beantwortung der Frage, ob es im Weiteren gelingen kann, das eindimensionale Risikomanagement für die Vielfalt der (bislang ausgeblendeten) Belange zu sensibilisieren und nachhaltigere Lösungswege zu suchen, hängt auch von den dominanten Herangehensweisen ab.

Die folgenschweren Verkettungen von Nationen, Mobilitäten, Viren, Infektionsclustern,

Beatmungsgeräten, Risikokontroversen, neuen und alten Grenzen und Begrenzungstechnologien führen nämlich dazu, so das Plädoyer einer relationalen, akteur-netzwerktheoretisch informierten Risikosoziologie, dass sich der gesellschaftliche Raum der Auseinandersetzung über Risiken nicht von jenem ihrer Produktion und Ausbreitung trennen lässt. Produktion und Kommunikation von Risiken finden vielmehr im selben „sozialen“ Raum statt, weil sich Materialitäten und Wahrnehmungen wechselseitig bedingen. Allerdings gibt es nicht nur einen sozialen Raum, sondern mehrere, in denen verschiedene Akteur-Netzwerke in unterschiedlichen Weisen Wirklichkeiten als sozio-materielle Assemblagen realisieren. Das lässt sich bspw. mit den verschiedenen Pandemiewelten in europäischen Ländern, den USA oder Brasilien veranschaulichen. In diesen Netzwerken machen vor allem die wissenschaftlich-technisch produzierten „Quasi-Objekte“, ein Konzept von Michel Serres (1987: 344 ff.), einen Unterschied, indem sie spezifische Verknüpfungen mit unterschiedlichen Konsequenzen herstellen und dadurch neue Ordnungen stabilisieren. Neben den Genomsequenzen der Corona-Viren zirkulieren Richtlinien, Überwachungstechnologien, Datensammlungen, Menschen und Therapiekonzepte als wirksame Artefakte oder „Aktanten“ in den aktuellen Corona-Netzwerken und werden Bezugspunkte weiterer Handlungen, die sie zugleich interaktiv verändern: Diese Risikokonzepte sind „Quasi-Objekte“, weil sie als Handlungsträger und -vermittler das Spektrum der relevanten Akteure erweitern (Latour 2007: 111 ff.) und Modifikationen in der sozialen Welt der Assoziierungen anbahnen: Klima- und gesundheitsrelevante Emissionen, die um sie gelagerten Praktiken, Kontroversen und Verhandlungsarenen sind neben der Pandemie ein bekanntes Beispiel. In beiden Fällen transformieren Quasi-Objekte die soziotechnischen Netzwerke, aus denen sie hervorgehen, und die gesellschaftlichen Ordnungen, die sie ermöglicht haben. Wer sich mit der ris-

kanten Verbreitung von Coronaviren beschäftigt, muss daher die global vernetzte Gesellschaft und die gruppenspezifisch verschiedenen und ungleichen Ernährungs-, Gesundheits- und Mobilitätsroutinen mitsamt ihren technologischen Ausstattungen berücksichtigen, um ein differenziertes Bild von den verschiedenen Wirklichkeiten der Pandemie zu erhalten. Dieses hybride Treiben wird von disziplinär-dominierten, einseitigen, reinigenden Methoden der Risikoerfassung verfehlt. Sie nehmen, obwohl Risiken wie Covid-19 und die globale Erwärmung stets „gleichzeitig real wie die Natur, erzählt wie der Diskurs und kollektiv wie die Gesellschaft sind“ (Latour 1995: 14), immer nur partielle Facetten in den Blick, meist Wahrscheinlichkeiten aus naturwissenschaftlicher Sicht, umstrittene Wahrnehmungen aus sozialwissenschaftlicher oder Fragen der organisatorischen Regulierung aus politischer Perspektive.

Demgegenüber kann es aus relationaler Sicht keine „externen“ Orte der Erkenntnis geben, von denen aus „die globale Umweltveränderung“ oder „die Pandemie“ als Ganze sichtbar würde. Im Zeitalter des Plantagozän interagieren Lebensmittelwirtschaft, Tierhaltung, kollektive Lebensweisen, Gesundheitsvorsorge, informationstechnische Steuerungsformen und viele weitere Komponenten vielmehr eng und machen das Denken in stabilen Untersuchungskategorien zu einem Trugbild, dem wohl nur im Rahmen einer neuen Epistemologie auch für die Risikoforschung beizukommen ist (Latour 2018). Ihre Sekundärwirkung kann sein, dass jenseits des verengten Blicks auf kalkulierbare Kontrollstrategien und auf Marktgesellschaften auch andere gesellschaftliche Zukünfte denkbar und entsprechende Transformationen exploriert werden.

3. Smarte Kontrollphantasien

Jede Art der Risikokonstruktion und -bewertung bringt bereits eine Vorstellung davon mit, wie sie mit den Unsicherheiten umzugehen gedenkt. Das gilt ganz besonders für digitale Analyse- und Entscheidungssysteme, für deren Entwicklung Modelle über die Abgrenzung der jeweiligen Problematik, die relevanten Parameter und die Kategorien ihrer Beobachtung zugrunde gelegt werden müssen und deren Operationen auf Algorithmen als eindeutigen Verfahrensregeln beruhen. In ihnen ist festgelegt, welche Informationen herangezogen werden und mit welchen Verfahrensschritten sie operationalisiert, bewertet und weiterverarbeitet werden. Digitale Systeme ko-produzieren daher nicht nur, was überhaupt als Risiko gilt, sondern transformieren das, was sie erfassen, nach internen Unterscheidungsregeln, also bspw. menschliche Subjekte in potenzielle Krankheitsträger*innen, Verhaltensweisen in adäquat oder nicht adäquat, Versorgungssysteme in Kapazitäten u.s.f.. Digitale Analyse-, Kontroll-, Verteilungs- und Steuerungssysteme haben in der Form von Simulationen und automatisierten Entscheidungssystemen (*Automated Decision Making ADM*), vorangetrieben von den Möglichkeiten der „intelligenten“ Verarbeitung großer Datenmengen, längst die meisten Bereiche der Gegenwartsgesellschaft durchdrungen, auch Medizin und Epidemiologie. Im Gegensatz zur landläufigen Wahrnehmung besteht ihre Leistung weniger darin, komplexe Zusammenhänge objektiv abzubilden oder für weitere Entscheidungen transparent aufzubereiten. Sie explorieren vielmehr die Unübersichtlichkeit und Ungewissheit komplexer Phänomene auf der Suche nach typischen Mustern anhand ausgewählter Parameter, die mit großen Datenmengen gefüttert werden (bspw. GPS-Bewegungsprofile, digitale Spuren im Internet, sensorbasierte Erfassung von Vitaldaten), um Selektions- und Steuerungsleistungen zu erbringen (Gillespie 2014, Nassehi 2019). Die jeweiligen Steuerungsprozesse werden vor allem

stochastisch mit der Macht von Wenn-Dann-Regeln begründet, in aller Regel ohne die zugrunde liegenden Modelle der Entscheidungsfindung oder ihre Umsetzung in Rechenschritte politisch verhandeln zu müssen (Neyland/Möllers 2017). Durch ihre Nutzung gewinnt, oftmals zugunsten leichter erstellbarer Prognosen und Rankings, eine „neue Soziometrik“ an Gewicht (Mau 2017), in der vieles aus dem Blick gerät, was Menschen wichtig ist. Die Krisenkommunikation zu Corona ist das beste Beispiel dafür.

Im Gesundheitsbereich und der Erforschung von Epidemien spielen das digitalisierte Erkennen und die stochastische Vorhersage von Krankheitsmustern und -verläufen schon länger eine große, auch kritisch betrachtete Rolle (Gigerenzer et al. 2016, Lupton 2017). Sie schlägt sich in Diagnose- und Behandlungsstrategien und -standards nieder. Dabei sind auch problematische Fälle bekannt, in denen algorithmenbasierte, teils selbstlernende Systeme vorhandene Ungleichheiten in Gesundheitsfragen verstärken, etwa zwischen Männern und Frauen, verschiedenen Hautfarben oder einfach, weil die Datenlage für unterschiedliche Gruppen ungleich ist. Vor allem aber erhalten die nichtquantifizierbaren Bereiche, Empfindungen, Wünsche und ethische Ziele menschlichen Lebens und Sterbens, immer weniger Aufmerksamkeit und Gesundheitsstandards werden neu vermessen und definiert. Eine kontextsensible und reflexive Einbettung von gesundheitsrelevanten Daten in Lebensentwürfe, Arbeitsformen, Wirtschaftsprozesse und Nachhaltigkeitsfragen ist in automatisierten Entscheidungssystemen nicht angelegt. Vielmehr artikulieren die aus vergangenen Prozessen generierten und daher oftmals „konservativen“ Daten, die größtenteils per ‚copy & paste‘ erstellten Algorithmen und die zugrunde gelegten Modelle der Entscheidungsfindung die bestehenden politischen und ökonomischen Interessen, deren Relevanz sie reproduzieren (Gillespie 2014). Was also im Krisenmanagement der Pandemie als ‚intelligent‘ gilt, hängt wie in Fragen

der Energieversorgung oder „smarter Mobilitätssysteme“ von den (implizit) zugrunde gelegten Zielsetzungen und ihrer Übersetzung in Entscheidungsregeln ab und orientiert sich nolens volens an vergangenen Prozessen und Deutungsverhältnissen, nicht an zukünftig wünschbaren. Es ist eine techniksoziologische Binsenweisheit, dass dabei die Berücksichtigung starker Interessen und etablierter Hierarchien und Märkte eine zentrale Rolle spielt (Law/Bijker 1992). Nur wenn sich explizit gegenkulturelle und neu organisierte Interessengruppen in die Entwicklung smarter Systeme einmischen, wie dies bspw. in Barcelona in Auseinandersetzung mit den konservativen, sozial unsensiblen Bestrebungen der bisherigen Smart-City-Projekte geschieht (Calzada 2018, Charnock et al. 2019), verschieben sich die in die automatisierten Systeme eingelassenen Betrachtungsweisen.

In beiden hier diskutierten Problembereichen der Klima- und Pandemieproblematik wächst die Bedeutung digitaler Möglichkeiten für die Suche nach Problemlösungen. Simulationen, sensorbasierte Überwachungs- und intelligente Entscheidungssysteme sind dabei Elemente einer Automatisierung, die nicht wie in der Industrie Dinge produziert, sondern wichtige Entscheidungen über Risikowahrnehmung, Risikomanagement und Daseinsvorsorge trifft und damit über die Handlungsmöglichkeiten der Individuen und für die soziale Ordnung insgesamt. Diese Prozesse sind weder an Deutungs- und Handlungskontexten, noch an menschlichen Subjekten oder der Nachhaltigkeitsproblematik orientiert, sondern verarbeiten elektronisch digitale Zeichen, die sie in interne Verweisungssysteme aus verschiedenen Schichten einbetten (Nassehi 2019: 105 f.).

Im Ergebnis werden für Umwelt, Klima und Gesundheit gleichermaßen relevante Operationen, Entscheidungen und Wahlmöglichkeiten, die bislang einzelnen Menschen oder Organisationen

zugerechnet wurden, an Computer delegiert. Nach der Programmierung und dem anfänglichen Training mit den zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Trainingsdaten entscheiden die automatisierten Systeme darüber, wie (neue) Daten zu interpretieren sind und welche Maßnahmen als Folge ihrer Berechnungen ergriffen werden sollen. Übersteigen in der Pandemie die erfassten engen Kontakte einen kritischen Wert des Reproduktionsfaktors, so ist zu erwarten, kommen ‚automatisch‘ Eindämmungsverfahren in den fraglichen Regionen zum Einsatz. Ein technikedeterministischer Reflex – „die Computer beherrschen uns“ – ist aber nicht angebracht, denn die Einführung der Systeme hängt von gesellschaftlichen Entscheidungen und Vorannahmen ab, auf die sie im zweiten Schritt direkt und indirekt – meist verstärkend – rückwirken („Technikfolgen“). Mit anderen Worten: Die automatisierten Systeme, die während der Corona-Krise entwickelt werden und zum Einsatz kommen, entstammen den modernistischen Kontrollüberzeugungen, die sie – zusammen mit der modernen Konstitution – reproduzieren. Ihre Implikationen stammen nicht aus dem digitalen Niemandsland, sondern sind die Folge des durchgesetzten Umgangs mit dem Risiko. Sie wirken als soziale Anweisungssysteme, führen zu Verhaltensmodifikationen und verändern Wertsetzungen und Risikowahrnehmungen entsprechend. Nach ihrer Einführung machen sie bestimmte Praktiken (der Kontaktvermeidung, des Naturbezugs, der Solidarität) wahrscheinlich und benachteiligen andere.

Im Risikomanagement der Coronakrise spielt bspw. die Möglichkeit automatisierter Kontaktprotokolle für die Regulierung des Infektionsgeschehens durch Contact-Tracing-Apps auf Mobiltelefonen eine zentrale Rolle. Auch in diesem Fall münden die digitalen Kontrollsysteme in eine Umkodierung, Verschiebung und Ko-Produktion dessen, „was zählt“ (Kropp 2020, Mau 2017). Letztlich verdankt sich die Heran-

gehensweise dem wiedererstarzten Glauben an kybernetische Prinzipien der Selbstregulierung und Rückkoppelung mit ihren Kontrollaspirationen, die nun auf individueller Ebene in Kraft gesetzt werden und die nächsten Schritte digitaler Kontrollregime im Umgang mit Infektionskrankheiten prägen. Konkret werden im Zuge eines weitreichenden, staatlichen Risikomanagements automatisch erstellte Kontaktprotokolle auf Mobiltelefonen genutzt, um im Fall eines nachträglich ausgemachten Kontakts mit Infizierten schneller Quarantäne anordnen und Infektionscluster und -wege identifizieren zu können. Diese Art der Infektionsüberwachung trifft die sozialen Gruppen unterschiedlich, denn die Wahrscheinlichkeiten sozialer Nähe und die Häufigkeit sozialer Kontakte unterscheiden sich zwischen Berufs- und Statusgruppen stark. Wer weiter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen möchte, ist in der Konsequenz gut beraten, schon präventiv potenzielle Krankheitsherde zu meiden – eine Verhaltensmodifikation, die den einen leichter fällt als den anderen. Während die Gesellschaft noch über angemessene Formen von Datenschutz und Datenspeicherung debattiert, wird zu den fraglosen Implikationen dieser Anwendung gehören, dass sie soziale Enge und entsprechende Risiken mit der Macht gesundheitspolitischer Imperative in soziale Benachteiligung übersetzt (Kropp 2020).

Zu den Implikationen gehört auch eine Individualisierung und Moralisierung des Umgangs mit der Pandemie – der gleiche Trend, der auch den Umgang mit der Umweltproblematik prägt. In beiden Fällen wird die Lösung für eine überkomplexe Problematik, zu deren systematischer Lösung die einzelnen Individuen am wenigsten beitragen können, dennoch auf der Mikro-Ebene verankert, während die Prozesse, die die Entstehung und Ausbreitung der Pandemie auf der Meso- und Makro-Ebene begünstigen, unangefochten fortgeführt oder sogar durch staatliche Hilfsprogramme abgesichert werden. Neben der

Individualisierung von Verantwortung legitimiert der Fokus auf digitale Überwachungssysteme auch Kontrollstrategien auf der Ebene individueller Verhaltensmodifikationen mit dem Verweis auf deren Nutzen für das Kollektiv. Insgesamt findet so eine Problemverschiebung auf die unterste Ebene statt, durch die übergeordnete Steuerungsregime nicht unter Anpassungsdruck geraten, sondern im Prinzip bestätigt werden.

Die Durchsetzung der automatisierten Entscheidungssysteme erfolgt auf einer doppelten Basis. Sie wird mit dem generellen Versprechen einer digital optimierten „Rationalität“ begründet und kann mit dem allgemeinen Glauben in „übermenschliche“ Verarbeitungseffizienz rechnen. Im Sinne von Horkheimer und Adorno (1969) steht im Mittelpunkt einmal mehr die reduzierte Version von Vernunft, eine „instrumentelle“ Rationalität als Herrschaft über die innere und äußere Natur, die sich institutionell als Herrschaft bürokratischer Systeme über Individuen verfestigt. Demgegenüber erforderte die Entwicklung einer übergeordneten Vernunft des bestmöglichen Zusammenlebens, die der zerstörerischen Dynamik einer eindimensionalen Aufklärung Einhalt geböte, die Infragestellung bisheriger Prioritäten und die vorsichtige Exploration menschlicher und nicht-menschlicher Bedarfe, Zusammenhänge und Möglichkeiten (Haraway 2018), die bereits im Kern durch die Unterdrückung individueller Autonomie verhindert wird. Instrumentell verkürzte Vernunft und automatisierte Entscheidungsfindung stehen in einer Wahlverwandtschaft zueinander, weil beide an der Vereinfachung komplexer Zusammenhänge und an schematischen Prozessen orientiert sind. Selbst wenn wenig Klarheit über die Qualität der herangezogenen Daten, ihre Validität in Bezug auf die Repräsentation der fraglichen Zusammenhänge und ihre Eignung für die Entscheidungsfindung besteht, scheinen die Ergebnisse für sich selbst zu sprechen, ob es nun um Viren oder Klimawandel geht. Die dahinter liegenden Modelle der Entscheidungsfindung

und die Wahl der Wirklichkeitsausschnitte, die sie priorisieren, müssen nicht legitimiert werden. Die quantifizierende Herangehensweise schließt gut an die Interessen und Regulierungsaufgaben des politischen Systems an und ist den kalkulierenden Perspektiven des ökonomischen Systems nahe. Sie fügt sich nahtlos in die moderne Konstitution ein, wir können sogar sagen: Automatisierte digitale Systeme sind das perfekte Instrument, um binäre Unterscheidungen für die Bewertung komplexer Zusammenhänge und Wechselverhältnisse nutzbar zu machen, in deren Schatten die expansiven Praktiken des Plantagozän ohne Weiteres vorangetrieben werden können. Die digitale Verarbeitung macht die globale Aneignung komplexer Zusammenhänge sogar auf ihre Weise planbar, ohne den heteronomen Merkmalen und den unterschiedlichen Ansprüchen und Betroffenheiten der verschiedenen Beteiligten Aufmerksamkeit zollen zu müssen. Entsprechend fremd und unvermittelt steht sie umgekehrt den sozialen Welten der Kooperation und Solidarität mit ihren vielfältigen Wert- und Normbezügen gegenüber sowie den ökologischen Zusammenhängen und ihren Imperativen.

4. Risikopolitik und die Chancen des Wandels

Die bisherigen Reaktionsformen gehorchen also weitgehend den konzeptionellen Rastern des Status quo, setzen sich selbst mit der offenbar gewordenen Verwundbarkeit grundlegender gesellschaftlicher Systeme nur am Rande auseinander. Die expansive Logik moderner Gesellschaften, deren Überwindung und Aufgabe für ein global zukunftsfähiges Zusammen- und Überleben notwendig wäre, wird an keiner Stelle in Frage gestellt. Vielmehr vertieft die Digitalisierung der Reaktionsmuster die übliche Reduktion von Komplexität und dominiert die bisherige Risikopolitik unangefochten. Obwohl ihre Erfolge,

wie im ersten Abschnitt dargestellt, temporär und begrenzt sind, findet eine Perspektivenerweiterung bestenfalls in den Feuilletons statt. Überall sonst konzentrieren sich die Anpassungsprozesse auf eine möglichst schnelle Rückkehr zur ‚Normalität vor der Krise‘. Völlig unklar bleibt demgegenüber, wie ein zukünftiges gesellschaftliches Zusammenleben mit dem Virus organisiert werden kann. Zwar ist vielen Gesellschaftsmitgliedern wieder einmal deutlich geworden, wie vulnerabel die Systeme sind, von denen das Funktionieren unserer Gesellschaft abhängt, und es hat sich klarer denn je erwiesen, dass selbst das verabsolutierte Wirtschaftssystem nicht über die notwendige Robustheit und Resilienz verfügt. Aber die eindimensionale Art der Risikopolitik mindert die Chancen für transformative Lernprozesse, die von der reflexiven Wahrnehmung der Nebenfolgen gesellschaftlicher Entwicklung ausgehen könnten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Organisation der automatisierten Entscheidungsverfahren anonym und unerreichbar bleibt, quasi *ex machina* im Sinne des techniksoziologisch bekannten *„politics by other means“* (Latour 1988) agiert: Sie verändert zwar die Beziehungen der Menschen (Distanznahme) und zu Mikroben, Viren und der natürlichen Mitwelt (Externalisierung), muss aber in keinem Parlament debattiert, begründet und gerechtfertigt werden. In gleichem Sinne schreibt Steffen Mau: „Interessant ist nun, dass Algorithmen fast keinen Rechtfertigungsanforderungen unterliegen. Der technische Charakter der Prozeduren vermag zu verschleiern, auf welche Weise bestimmte Vorannahmen in die Programmierung einfließen, welche Selektionen vorgenommen werden und welche denkbaren Alternativen ausgeschlossen werden“ (Mau 2017: 206). Für die im zweiten Abschnitt erschlossenen Potenziale der Risikopolitik, soziale Ordnung zu verändern und bislang ausgeblendete, bedrohliche Nebenfolgen allzu einseitiger Handlungsrationaltäten zu integrieren, geht der

digitale Siegeszug mit immensen Implikationen einher: Er begünstigt binäre und dichotome Betrachtungsweisen und erschwert den Umgang mit fluiden, wechselseitigen Relationalitäten jenseits linearer Ursache-Wirkungs-Ketten. Die digitalen Leistungen bestehen stattdessen darin, die bis dato hierarchische, nationale, qua Mandat oder Expertise legitimierte Benennungsmacht zu automatisieren und als mathematisch-universale zu transzendieren, ohne die bedeutungsvolle Vielfalt der Belange, die „Verwandtschaft der Arten im Chtuluzän“ (Haraway 2018) berücksichtigen zu müssen. Die Modellierung hat die möglichen Covid-Toten sichtbar gemacht, nicht aber die vielen anderen Opfer und ihre verschiedenen Hintergründe – von den zahlreichen Geflüchteten weltweit bis zum seltenen Pangolin.

Nimmt man darüber hinaus zur Kenntnis, dass der vergleichsweise radikale Ansatz zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus und seine rigide Umsetzung mit polizeilich vollzogenen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen weniger auf belastbare Erkenntnisse, abgewogene Szenarien oder deliberative Abwägungsprozesse zurückgeht als von einem wachsenden Gefühl der Panik, der Sensationslust in den Medien, autoritären Formen der politischen Entscheidungsfindung und einem überzogenen Glauben in die Macht der Infektionsmodellierung beflügelt wurde, muss man sich fragen, welche Wirkungen längerfristig aus dem Umgang mit der Pandemie hervorgehen werden. Wie werden kommende Generationen wohl die Problemlösung angesichts der aufgetürmten Schuldenberge zur Erhaltung eines krisenverursachenden Systems und der eiligen Rückkehr in die nicht-nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen beurteilen? Wird die Art der Entscheidungsfindung und ihre Form der Berücksichtigung verschiedener Anliegen als vorbildlich gelten? In Ermangelung belastbarer Befunde und der notwendigen Zeit für die Entstehung einer breiter getragenen, reflexiven Risikopolitik konnte sich die Krankheitsmodel-

lierung als die vermeintlich beste und einzige Wissenschaft in der Politikberatung durchsetzen. Die schon absehbaren, gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen schmälern aber die Ressourcen für zukünftige Transformations- und Anpassungsprozesse im Umgang mit einer noch tödlicheren Bedrohung: der globalen Erwärmung. Stattdessen hat sich der Glaube in die Überlegenheit autoritärer Herangehensweisen und Überwachungstechnologien weit verbreitet. Ist das Schlimmste erst einmal vorbei, so ist zu befürchten, wird die krisenhafte und krisenverursachende Normalität ‚automatisch‘ fortgesetzt.

Literatur

- Aven, T./Renn, O. (2009): On risk defined as an event where the outcome is uncertain. In: *Journal of Risk Research* 12, S. 1-11.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Berlin: Suhrkamp.
- Bonß, W. (1991): Unsicherheit und Gesellschaft – Argumente für eine soziologische Risikoforschung. In: *Soziale Welt* 42, S. 258-277.
- Calzada, I. (2019): (Smart) citizens from data providers to decision-makers? The case study of Barcelona. In: *Sustainability* 10 (9). Online: <https://www.mdpi.com/2071-1050/10/9/3252/htm> [Zugriff: 30.06.2020].
- Charnock, G./March, H./Ribera-Fumaz, R. (2019): From smart to rebel city? Worlding, provincialising and the Barcelona Model. In: *Urban Studies*. Online: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0042098019872119> [Zugriff: 30.06.2020].
- Dean, M. (1998): Risk, Calculable and Incalculable. In: *Soziale Welt*, 49(1), S. 25-42.
- Ewald, F. (1993): *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Exner, A./Held, M./Kümmerer, K. (2016): Einführung: Kritische Metalle in der Großen Transformation. In: Exner, A./Held, M./Kümmerer, K. [Hrsg.]: *Kritische Metalle in der Großen Transformation*. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, S. 1-16.
- Gabrys, J. (2020): Smart forests and data practices: From the Internet of Trees to planetary governance. *Big Data & Society* 7. Online: <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/2053951720904871> [Zugriff: 30.06.2020].
- Gigerenzer, G./Schlegel-Matthies, K./Wagner, G.G. (2016): Digitale Welt und Gesundheit: eHealth und mHealth-Chancen und Risiken der Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Online: <https://www.svr-verbraucherfragen.de/dokumente/digitale-welt-und-gesundheit-ehealth-und-mhealth-chancen-und-risiken-der-digitalisierung-im-gesundheitsbereich/> [Zugriff: 30.06.2020].
- Gillespie, T. (2014): The Relevance of Algorithms. In: Gillespie, T./Boczkowski, P. J./Foot, K. A. [Hrsg.]: *Media Technologies: Essays on Communication, Materiality, and Society*. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 167-194.
- Glasman, J. (2020): Weiche Zahlen, harte Maßnahmen? Online: <https://soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/weiche-zahlen-harte-massnahmen/> [Zugriff: 30.06.2020].
- Haraway, D. (2018): *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt am Main: Campus.
- Horkheimer, M./Adorno, T.W. (1969): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- ILO (2020): *ILO Monitor: COVID-19 and the world of work. Third edition Updated estimates and analysis*. 1-24. Online:

- https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms_743146.pdf [Zugriff: 30.06.2020].
- Jasanoff, S. (2004): Ordering knowledge, ordering society. In: Jasanoff, S. [Hrsg.]: States of Knowledge. The co-production of science and social order. London: Routledge, S. 13-45.
- Klikauer, T. (2015): What Is Managerialism? In: Critical Sociology 41, S. 1103-1119.
- Kropp, C. (2020): Was zählt? Wer entscheidet? Zur informatisierten Herrschaft von Bewegungsdaten und Kontaktprotokollen. Online: <https://www.soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/was-zaehlt-wer-entscheidet/> [Zugriff: 30.06.2020].
- Latour, B. (1988): The Pasteurization of France. New York: Harvard University Press.
- Latour, B. (1995): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin: Akademie Verlag.
- Latour, B. (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. (2018): Das terrestrische Manifest. Berlin: Suhrkamp.
- Lau, C. (1991): Neue Risiken und gesellschaftliche Konflikte. In: Beck, U. [Hrsg.]: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 248-265.
- Law, J./Bijker, W.E. (1992): Shaping technology/building society: Studies in sociotechnical change. Cambridge, MA: MIT Press.
- Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser Verlag.
- Luhmann, N. (1991): Soziologie des Risikos. Berlin: de Gruyter.
- Luhmann, N. (1993): Risiko und Gefahr. In: Luhmann, N.: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 126-162.
- Lupton, D. (2017): Digital Health: Critical and cross-disciplinary perspectives. London: Routledge.
- Mau, S. (2017): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, A. (2019): Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft. München: C.H. Beck Verlag.
- Neyland, D./Möllers, N. (2017): Algorithmic IF ... THEN rules and the conditions and consequences of power. In: Information Communication and Society 20, S. 45-62.
- Robert Koch Institut (2017): Nationaler Pandemieplan. Teil I: Strukturen und Maßnahmen. Online: <https://edoc.rki.de/handle/176904/187> [Zugriff: 30.06.2020].
- Serres, M. (1987): Der Parasit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.